

Pharma und Ärzte: Kritik an Berset's Generika-Plan

Studie relativiert Kostenersparnis durch Preissystem

Bern. Als Bundesrat Alain Berset vor sechs Jahren sein Projekt «Gesundheit 2020» vorstellte, sagte er, dass 20 Prozent der Kosten im schweizerischen Gesundheitswesen eingespart werden könnten. Letzten Sommer nahm er sich die Nachahmerpräparate (Generika) vor, deren Preise in der Schweiz gut 50 Prozent höher liegen als im Ausland. Der Gesundheitsminister schlug erstens ein Referenzpreissystem vor: Damit würde nur ein bestimmter Preis pro Generikum von den Kassen übernommen. Zweitens will der Bundesrat die Apothekermarge verändern. Je teurer das Medikament, desto höher die Marge.

Gegen das Referenzpreissystem wehren sich die Pharmabranche, die Ärztevereinigung FMH, der Apothekerverband Pharmasuisse sowie der Spital-

verband Hplus. Sie befürchten, dass infolge des Systems Patienten wiederholt auf das Medikament eines anderen Herstellers umsteigen müssen, um keinen Zuschlag bezahlen zu müssen. Zudem sei die Medikamentenversorgung gefährdet, weil sich Hersteller aus dem Markt zurückziehen könnten. Der Preisüberwacher und die Krankenversicherer befürworten das System.

Es fallen Zusatzkosten an

Nach Abschluss der Vernehmlassung veröffentlichte der Bundesrat eine Untersuchung zur Abschätzung der Folgen der Referenzpreise. Diese errechnet eine Kosteneinsparung von bis zu 480 Millionen Franken. Es gebe allerdings Zusatzkosten, welche die Ersparnis verringern würden. **Seite 6**

Schlechte Noten für Bersets Pläne

Studie korrigiert die Kostensparnis eines neuen Preissystems für Generika nach unten



Es besteht Änderungsbedarf. In Schweizer Apotheken werden weniger Nachahmerpräparate verkauft als im Ausland.

Von Dominik Feusi

Bern. 20 Prozent der Kosten könnten im schweizerischen Gesundheitswesen eingespart werden. Dies sagte Bundesrat Alain Berset, als er sein Projekt «Gesundheit 2020» vorstellte.

Das war vor sechs Jahren. Seither sind die Prämien munter weiter angestiegen. Die Spitäler, die am meisten Kosten verursachen, hat Berset bis jetzt noch nicht zu Einsparungen verpflichtet. Die meisten Spitäler gehören den Kantonen. Beim zweitgrössten Kostenblock, den Ärzten, hat er zweimal in den Tarif eingegriffen und Anpassungen verfügt. Die Ärzte haben die tieferen Tarife mit einer Mengenausweitung ausgeglichen.

Mehr erreicht hat Berset bei den Medikamenten. Er senkte die Preise für patentgeschützte Medikamente rigoros. Alle drei Jahre müssen die Preise vom Bundesamt für Gesundheit überprüft werden. Das führte immerhin zu einer Stabilisierung der Medikamentenkosten. Gescheitert ist die Forderung, Parallelimporte dieser Präparate aus dem Ausland zuzulassen.

Letzten Sommer nahm Berset sich die Nachahmerpräparate (Generika) vor, deren Preise gut 50 Prozent höher liegen als im Ausland. Der Gesundheitsminister schlug erstens ein Referenzpreissystem vor. Damit würde nur ein bestimmter Preis pro Generikum von den Kassen übernommen. Wäre das gekaufte Medikament teurer, müsste der Patient die Differenz bezahlen. Zweitens will der Bundesrat die Apothekermarge verändern. Je teurer das Medikament, desto höher die Marge. Apotheker haben einen Anreiz, statt des billigeren Generikums ein teureres Präparat zu verkaufen. Das sei der Grund, weshalb der Anteil der Generika in der Schweiz tiefer als in den meisten Ländern Europas ist.

Ärzte gegen Krankenkassen

Gegen das Referenzpreissystem wehrt sich nicht nur die Pharmabranche, sondern auch die Ärztevereinigung FMH, der Apothekerverband Pharmasuisse und der Spitalverband Hplus. Sie befürchten, dass Patienten wiederholt auf das Medikament eines anderen Herstellers umsteigen müssen,

um keinen Zuschlag bezahlen zu müssen. Auch sei die Medikamentenversorgung gefährdet, weil sich Hersteller wegen tieferer Preise aus dem Markt zurückziehen könnten.

Für Referenzpreise sind der Preisüberwacher und die Krankenkassen sicherer. Der Preisüberwacher erhofft sich Einsparungen von rund 300 Millionen Franken. Der Krankenkassenverband Santésuisse schätzt die Einsparungen auf 400 Millionen Franken, der Konkurrenzverband Curafutura sogar auf 800 Millionen Franken.

Von den Parteien hat sich die SVP gegen das Referenzpreissystem ausgesprochen. Die anderen Bundesratsparteien sind im Grundsatz dafür, allerdings lehnen sie die beiden vom Bundesrat vorgeschlagenen Varianten ab, teilweise, weil sie ebenfalls Nachteile für die Patienten befürchten.

Erst nach Abschluss der Vernehmlassung veröffentlichte der Bundesrat eine Untersuchung zur Abschätzung der Folgen des Referenzpreissystems. Diese errechnet zwar eine maximale Kosteneinsparung von 310 bis 480 Millionen Franken, doch das sei eine stati-

sche Betrachtung. Es gebe Zusatzkosten, welche die Ersparnis verringern würden. Erfahrungen im Ausland hätten gezeigt, dass die Einsparungen langfristig verschwinden könnten, wenn etwa statt der günstigen Generika teure Originalpräparate abgegeben würden. Da der Schweizer Markt klein sei und das Referenzpreissystem bloss gelte, wenn drei oder mehr Produkte verfügbar sind, hänge viel davon ab, wie sich die Hersteller verhalten würden.

Hohe Hürden für Generika

Das zweite Reformvorhaben, das der Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt hat, will die Entschädigung für die Apotheker so anpassen, dass sie keinen Anreiz mehr haben, teurere Medikamente zu verkaufen. Der Vertriebsanteil soll von 12 auf 9 Prozent gesenkt und dafür der Zuschlag pro Packung erhöht werden. Das Vorhaben fällt bei den Bundesratsparteien durch. Die FDP findet die Vorschläge «nicht ideal» und fordert eine Regelung, bei der das billigere Medikament einen Wettbewerbsvorteil hat. Die SP gibt ihrem eigenen Bundesrat die Note «ungenügend».

Die SVP findet, die Fehlanreize würden «sogar verschlimmert». Klar ist: Je kleiner die prozentuale Entschädigung, desto weniger profitieren die Apotheker von teuren Medikamenten. Hinter den Kulissen arbeitet der Apothekerverband dem Vernehmen nach an einem Modell, bei dem der Vertriebsanteil auf 3 Prozent gesenkt würde.

Für den vergleichsweise geringen Anteil an Generika in der Schweiz gibt es noch einen anderen Grund. Nimmt man nur die zwanzig umsatzstärksten Wirkstoffe, bei denen das Patent abgelaufen ist, beträgt deren Anteil hohe 73 Prozent. Bei umsatzschwächeren Wirkstoffen lohnt sich somit der Markteintritt nicht. Die Generika-Industrie beklagt sich denn auch über die hohen Kosten für Prüfung und Registrierung von Medikamenten bei Swissmedic und beim Bundesamt für Gesundheit.

«Um den Anteil an Generika zu erhöhen, müssen wir auch Hürden abbauen», sagt Nationalrätin und Gesundheitsspezialistin Bea Heim (SP, SO). Bei Medikamenten würden immer öfter Lieferengpässe auftreten. «Oft müssen Ärzte für ihre Patienten die Medikation umstellen, was nicht selten zu gesundheitlichen Schwierigkeiten führt», sagt Heim. FDP-Gesundheitspolitiker Philippe Nantermod (VS) fügt an, man müsse sich überlegen, ob man bei diesen seit Jahren im Einsatz stehenden Wirkstoffen die Anerkennung durch die EU als gleichwertig akzeptieren könnte.

Foto: Keystone